

## Resolution

### **Keine Streichung von Sprachkursen zu Lasten der Kommunen**

Nach den Plänen von Bundesinnenminister Dobrindt sollen etwa 40% der bisher zum Besuch eines Integrationskurses Berechtigten – u.a. Ukrainerinnen und Ukrainer – künftig keinen Zugang zu Integrationskursen mehr erhalten. Damit wird diesen Menschen der Zugang zum Arbeitsmarkt massiv erschwert und die so entstehenden höheren Sozialausgaben tragen zu erheblichen Teilen die Kommunen.

Mittel- und langfristig gesehen schaden wir uns damit selber, weil wir die Menschen eben in Abhängigkeit belassen, statt ihnen durch den Zugang zur Sprache, den Weg in die Selbstbestimmung und den Zugang auf dem Arbeitsmarkt zu ebnen.

Der Samtgemeinderat Gartow fordert daher die Bundesregierung daher auf:

Die geplanten Kürzungen bei den Integrationskursen unverzüglich zurück zu nehmen und diese Kurse auch weiterhin für Menschen mit vorübergehendem Schutzstatus, für Menschen im Asylverfahren, für Menschen mit einem Duldungsstatus und für Bürger\*innen und Bürger aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ohne weitere Einschränkungen zugänglich zu machen.

#### Begründung:

Das deutsche Aufenthaltsrecht unterscheidet zwischen freiwilligen Teilnehmer\*innen an einem Integrationskurs und solchen, die darauf einen Rechtsanspruch und damit auch die Pflicht haben, einen Integrationskurs zu besuchen. Einen Rechtsanspruch haben Menschen mit dauerhafte Bleibeperspektive, etwa anerkannte Geflüchtete.

Darüber hinaus war es bisher möglich, dass auch Menschen mit Duldungsstatus „im Rahmen der verfügbaren Kursplätze“ zugelassen wurden. Im Jahr 2024 waren laut Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) 146.176 von insgesamt 363.466 Kursteilnehmer\*innen in diesem Sinne Freiwillige – also etwa 40%.

Die in den Integrationskursen vermittelten Kenntnisse der deutschen Sprache sind der Schlüssel dafür, eine Beschäftigung aufnehmen und so den eigenen Lebensunterhalt selbst sichern zu können. Werden bestimmte Gruppen vom Zugang zum Lernen der deutschen Sprache ausgeschlossen, verschlechtert das ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt rapide und führt damit zur Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu Lasten der Kommunen.

Deshalb schließen wir uns der Einschätzung des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes, Andre Berghegger an, der die geplanten Streichungen gegenüber der Augsburgers Allgemeinen Zeitung vom 18.02.26 als „vollkommen falsches Signal“ bezeichnet hat. Und Christian Schuchhardt, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, weist gegenüber der Funke Mediengruppe am 16.02.26 völlig zurecht darauf hin: „Wenn wir von Zugewanderten zurecht Integrationsbereitschaft einfordern, erscheint es nicht hilfreich, gerade den

Zugang zu Integrationsangeboten genau für diejenigen einzuschränken, die auf eigene Initiative teilnehmen wollen“.

In der Samtgemeinde Gartow konnten wir durch die Etablierung des Netzwerkes Asyl und deren unermüdliches Wirken für eine gute Integration von Geflüchteten eine wichtige Grundlage schaffen. Susanne von Imhoff hat bereits in der letzten Sitzung des zuständigen Fachausschusses auf Absichten der Bundesregierung und den schwerwiegenden Folgen für die Integration hingewiesen. Der große Einsatz der Ehrenamtlichen vor Ort, auch beim Spracherwerb ersetzt nicht die wichtigen Integrationskurse durch die Bildungsträger. Diese Bemühungen müssen Hand in Hand gehen. Wenn die geplanten Kürzungen umgesetzt werden, hat dies auch schwerwiegende Folgen für die Integrationsbemühungen in der Samtgemeinde Gartow.

**Matthias Gallei & Rosemarie Knist & Ellen Russow-Henning**

**Verteiler: Bundesministerium für Inneres, Regionale Bundestagsabgeordnete Jacob Blankenburg und Julia Verlinden und CDU NN**